



Eigenausbau Telekom / Leonet

Stadt Füssen

27.09.2022



**FOLGEN SIE
UNS AUF** 

Agenda



- Fragestellungen zum Eigenwirtschaftlichen Ausbau (EWA)
- Förderverfahren vs. Eigenausbau
- Eigenausbauangebote Telekom und Leonet
- Zusammenfassung

- **Anzahl der zu erschließenden Gebäude/ Grundstücke?**
- Ausbau unter dem Vorbehalt einer Vorvermarktungsquote?
- **Open Access / mögliche Diensteanbieter?**
- geplanter Ausbauzeitraum?
- **Bauausführung und Verlegetiefen?**
(Micro- / Nano-Trenching, Mindertiefenverlegung)
- Erschließungskosten für einen Glasfaser-Hausanschluss?
- Endkundenpreise?
(günstigstes Produkt Internet & Telefon)
- Kundenservice?
(Störungsannahme, Entstörungsdauer,...)

Förderverfahren

- Erschließung der Adressen in Abhängigkeit von Förderfähigkeit (unabhängig von Wirtschaftlichkeitslücken- oder Betreibermodell)
- ggf. weitere Förderverfahren nach Änderung der Aufgreifschwelle erforderlich
- bei vorhandenen Kabelnetzen (DOCSIS 3.1) kein geförderter Glasfaserausbau möglich

EWA

- Erschließung der Adressen kann in Abstimmung zwischen Kommune und Anbieter frei abgestimmt werden

⇒ bei eigenwirtschaftlichem Ausbau ist ein flächendeckender Glasfaserausbau in einem Ausbauprojekt möglich!

Förderverfahren

- Open Access Verpflichtung
- Problematik in der Praxis:
Einigung zu Vorleistungspreisen und
„Überlassungsverträge“ zwischen
Netzbetreiber und Diensteanbieter
erforderlich

EWA

- keine Open Access Verpflichtung

⇒ die freie Auswahl zwischen mehreren Diensteanbietern ist in der Praxis unabhängig von der Open Access Verpflichtung stark vom Netzbetreiber und dessen Geschäftsmodell abhängig

- nach TKG §127 (7) und (8) haben Netzbetreiber einen Rechtsanspruch auf mindertiefe Verlegung!

(7) ¹Dem Träger der Straßenbaulast ist mitzuteilen, ob Glasfaserleitungen oder Leerrohrsysteme, die der Aufnahme von Glasfaserleitungen dienen, in geringerer als der nach den anerkannten Regeln der Technik vorgesehenen Verlegetiefe, wie zum Beispiel im Wege des Micro- oder Minitrenching, verlegt werden (mindertiefe Verlegung). ²Eine mindertiefe Verlegung darf erfolgen, wenn der Antragsteller die durch eine mögliche wesentliche Beeinträchtigung des Schutzniveaus entstehenden Kosten oder den etwaig höheren Erhaltungsaufwand übernimmt. ³Die Sätze 1 und 2 sind auf die Verlegung von Glasfaserleitungen oder Leerrohrsystemen in Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Bundesfernstraßen nicht anzuwenden.

(8) ¹Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, die diskriminierungsfrei zu gestalten sind; die Nebenbestimmungen dürfen nur die Art und Weise der Errichtung der Telekommunikationslinie sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, die im Bereich des jeweiligen Wegebausträgers übliche Dokumentation der Lage der Telekommunikationslinie nach geographischen Koordinaten und die Verkehrssicherungspflichten regeln. ²Soweit keine anerkannten Regeln der Technik für die mindertiefe Verlegung oder Errichtungs- und Anbindungskonzepte für drahtlose Zugangspunkte mit geringer Reichweite bestehen, und der Wegebausträger von den Angaben des Antragstellers abweichende Vorgaben zur Art und Weise der Errichtung bei der mindertiefen Verlegung oder bei der Errichtung und Anbindung drahtloser Zugangspunkte mit geringer Reichweite macht, müssen diese aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig sein. ³Die Zustimmung kann außerdem von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden.

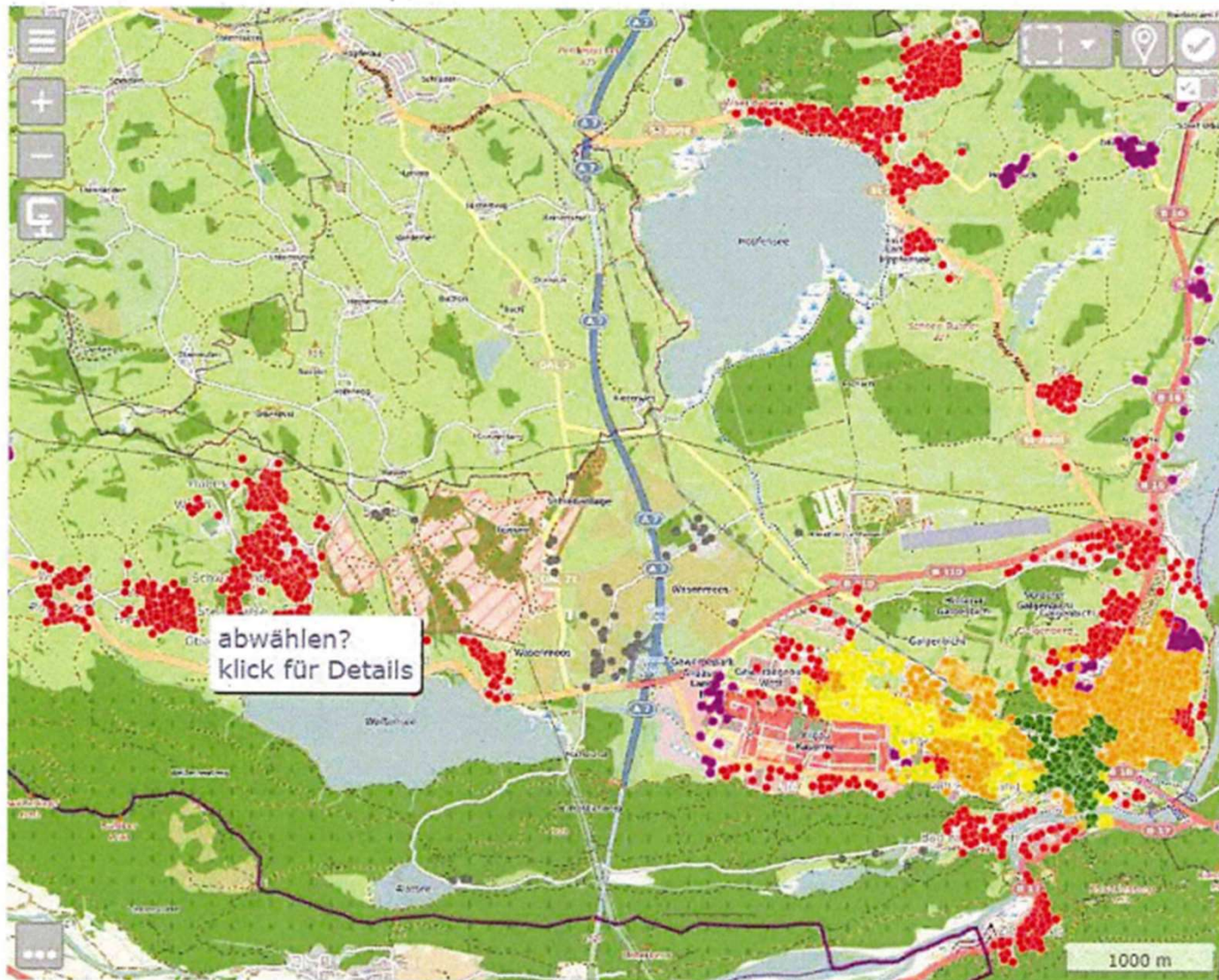
Ausbauangebot Telekom



- **3.486 Adressen**
- Glasfaser bis in die Wohnung (FTTH)
- Keine Vorvermarktung nötig, Interessenten können sich jederzeit auch selbst für den Ausbau registrieren
- Kosten für die Herstellung des Glasfaser-Hausanschlusses: **0,- €**
- Geplante Umsetzung des Ausbaus: **2026 – 2028**
- Keine Unterzeichnung einer Vereinbarung notwendig
- Monatliche Kosten für das günstigste Glasfaser-Produkt (Internet & Telefon): **39,95 €**
(zzgl. Einmalkosten in Höhe von 69,95 € und ggf. Router-Miete in Höhe von 5,95 €/Monat) für **50 Mbit/s im Download / 10 Mbit/s im Upload**
- Weitere Anbieter auf dem neuen Netz: 1&1, Vodafone, Telefonica/O2
- Störungsannahme 24/7
- Entstörung Montag bis Freitag binnen 24 Stunden
- Verlegetiefe 30 – 60 cm (offene Bauweise, Fräsen)

Ausbauangebot Telekom

Übersichtskarte Ausbaubereich



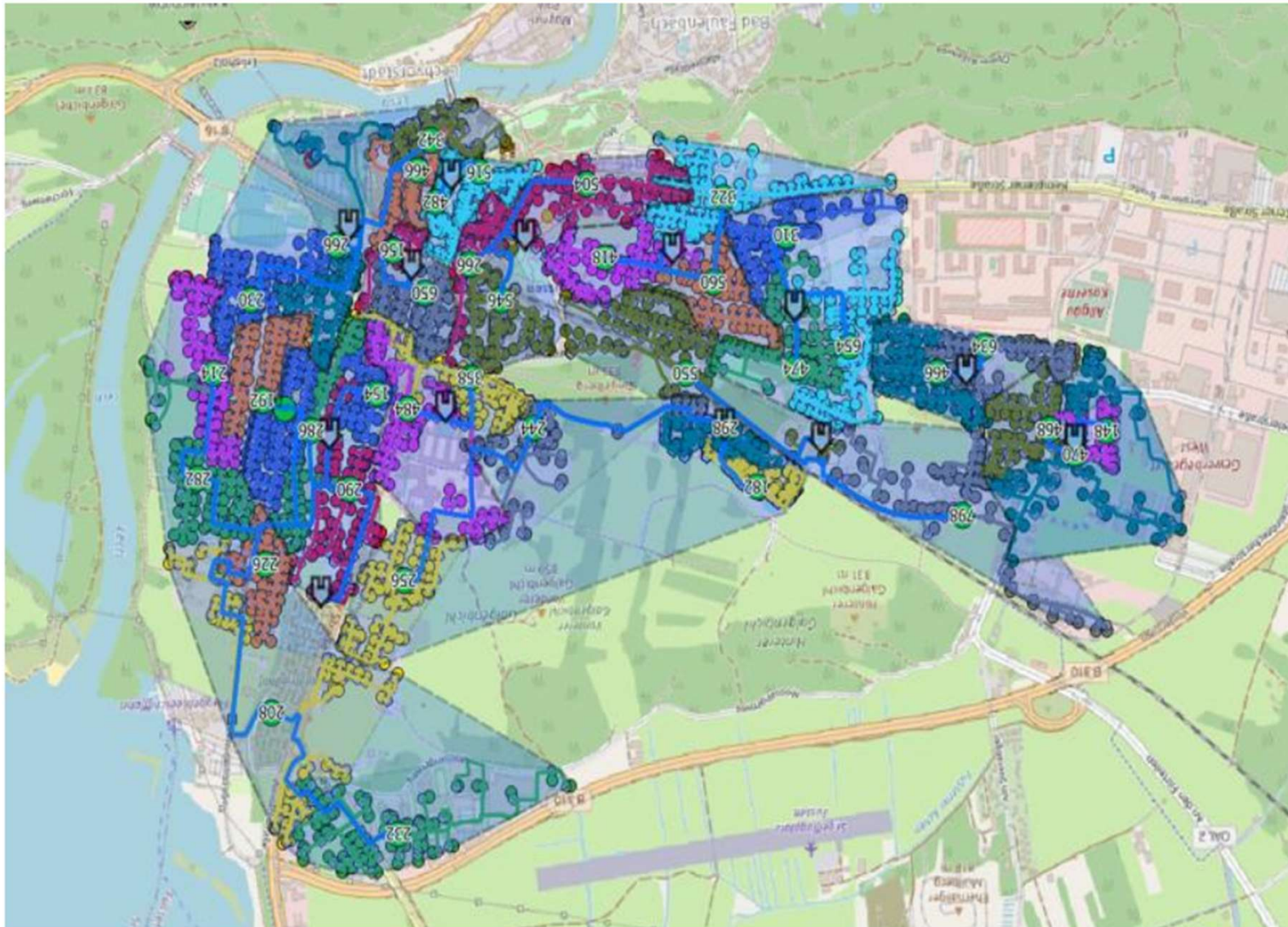
Ausbauangebot Leonet



- **2.186** Adressen im Stadtgebiet Füssen und OT Hopfen am See
- Glasfaser bis in den Keller (FTTB) bzw. ab 5 Wohnungen nach Absprache und ggf. Kostenbeteiligung auch bis in die Wohnung (FTTH) möglich
- Ausbau nach Erreichen einer **25%-Vorvermarktungsquote**
- Kosten für die Herstellung des Glasfaser-Hausanschlusses: **499,- €** (inkl. 10 Meter Hausanschlusslänge, jeder weitere Meter kostet 75,- €)
- Geplante Umsetzung des Ausbaus: **Q2/2023 bis Q4/2025**
- Vereinbarung gewünscht
- Monatliche Kosten für das günstigste Glasfaser-Produkt (Internet & Telefon): **34,95 €** (zzgl. Einmalkosten in Höhe von 69,95 € und ggf. Router-Miete in Höhe von 4,95 €/Monat) für **30 Mbit/s im Download / 5 Mbit/s im Upload**
- Weitere Anbieter auf dem neuen Netz: BBV Deutschland, Deutsche GigaNetz
- Störungsannahme Montag bis Freitag 12 Stunden, Samstag 8 Stunden
- Entstörung Montag bis Freitag binnen 24 Stunden
- Verlegetiefe 35 – 65 cm (offene Bauweise, Pflug, Horizontalspühlbohrverfahren, Erdrakete)

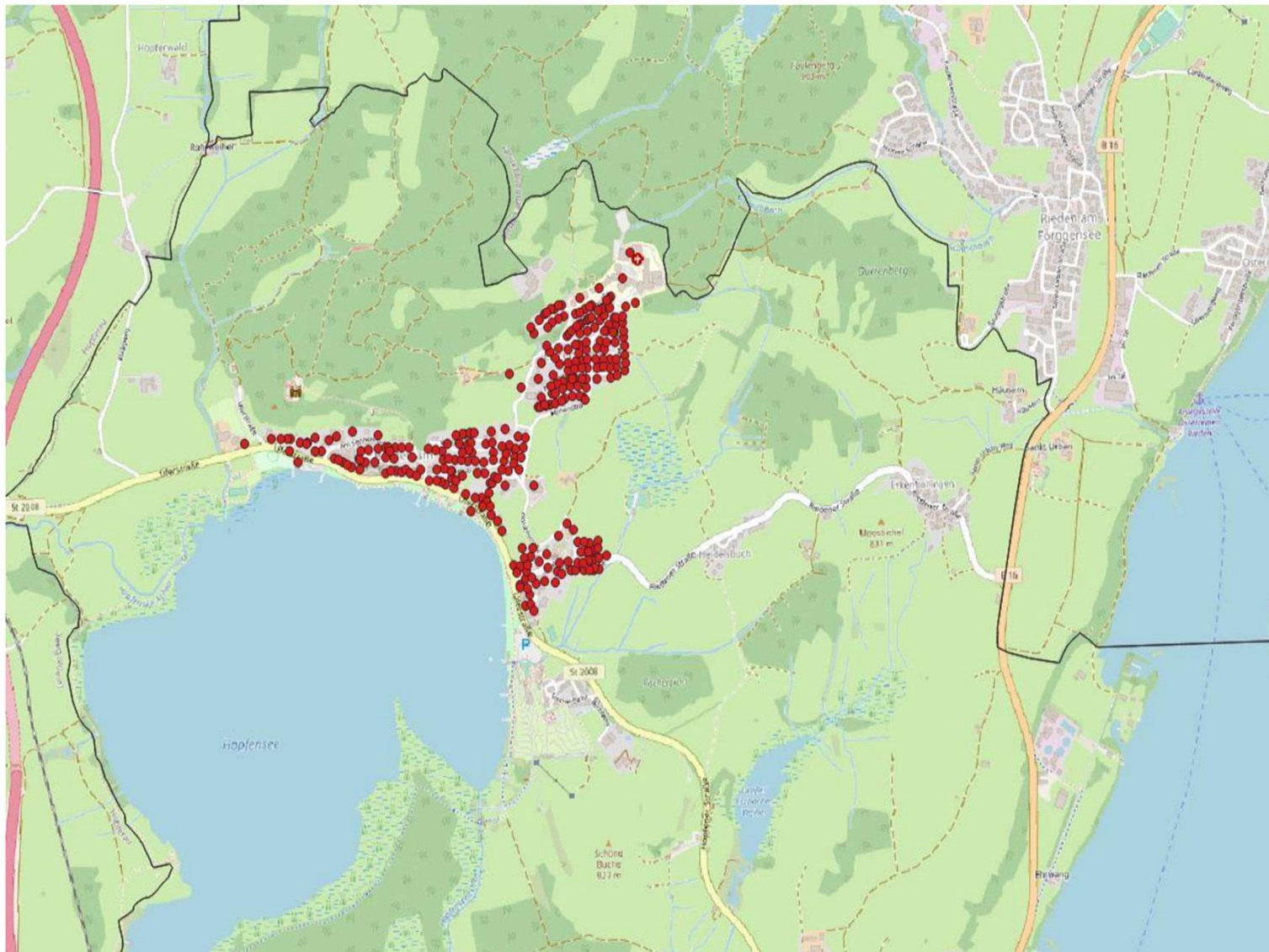
Ausbauangebot Leonet

Übersichtskarte Ausbaubereich Stadtgebiet Füssen



Ausbauangebot Leonet

Übersichtskarte Ausbaubereich OT Hopfen am See



Das Angebot der **Telekom** umfasst wesentlich mehr Adressen. Der Ausbau ist nicht von der Erreichung einer Vorvermarktungsquote abhängig. Allerdings ist bis zur Umsetzung eine relativ lange Wartefrist in Kauf zu nehmen.

Die Glasfaser-Hausanschlüsse werden kostenfrei hergestellt. Bereits ab der Inbetriebnahme stehen die Dienste eine Reihe namhafter Anbieter zur Auswahl.

Das Angebot der **Leonet** geht von einem geringeren Ausbauumfang aus, kann jedoch vergleichsweise kurzfristig umgesetzt werden, wenn die erforderliche Vorvermarktungsquote erreicht wird.

Die Eigentümer haben einen im Marktvergleich sehr günstigen finanziellen Beitrag zur Herstellung des Glasfaser-Hausanschlusses zu leisten. Auch hier werden die Angebote verschiedene Anbieter verfügbar sein.

Nächste Schritte - Planungsphase / Detailplanung:

- Detailabstimmung zu den Ausbaugebieten (Adressen)
- Berücksichtigung von ggf. geplanten Neubau- und Gewerbegebieten
- Berücksichtigung ggf. vorhandener kommunaler Infrastrukturen/Leerrohre
- Ggf. Prüfung und Anpassung der abzuschließenden Vereinbarung

Ausblick Bauphase:

- Beweissicherung der Trassen
- Bauüberwachung und Dokumentation
- regelmäßige Baubesprechungen

BACKUP

Vereinbarung zum EWA

Bei Kooperationsvereinbarungen durch Kommunen besonders zu beachtende Bestimmungen

Beihilfenrecht	<ul style="list-style-type: none">• Beihilfenverbot nach Art. 107 Abs. 1 AEUV• insbesondere keine direkten Zahlungen an TKUs ohne Gegenleistung
Wettbewerbsrecht	<ul style="list-style-type: none">• Kartellverbot nach § 1 GWB• insbesondere keine wettbewerbsbeschränkenden Absprachen/Handlungen• Gebot der Wettbewerbsneutralität nach § 3 UWG• insbesondere keine Absatzförderung für einzelne TKUs, die Konkurrenten im Wettbewerb benachteiligt
Telekommunikationsrecht	<ul style="list-style-type: none">• gesetzlich vorgeschriebene Unterstützungsleistungen nach TKG (auch ohne Kooperation), z. B. §§ 127, 138, 141 und 143 TKG• insbesondere keine Ablehnung von Mitnutzungsanträgen gemäß § 138 TKG, sofern kein Versagungsgrund nach § 141 TKG vorliegt
Vergaberecht	<ul style="list-style-type: none">• etwaige Verpflichtung zur Durchführung eines Vergabeverfahrens nach §§ 97 ff. GWB• insbesondere Vermeidung der Aufnahme von Pflichten zu zeitlich bestimmtem Netzbetrieb bzw. zur Erfüllung einer Aufgabe der Daseinsvorsorge

Unterstützungen dürfen keine „Kunden zuführen“

- gemeinsame Medieninformationen (+)
- gemeinsame Informationsveranstaltungen (+)
- allg. Infos zum Glasfaserausbau auf Homepage (+)
- Begleitung des Projekts durch die Stadt in den sozialen Medien (+)
- Unterstützung von Werbeaktivitäten (-)
- Auslegung von Informationsmaterialien (+)

Empfehlung für gemeindliche Aussagen:
Beschränkung auf Informationen zur Bedeutung eines Glasfaseranschlusses

Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (§ 3 UWG)

Wettbewerbsrechtliches Neutralitätsgebot muss gewahrt werden.

Potenzielle Endkund*innen dürfen im Rahmen einer zugesicherten Unterstützung grundsätzlich **nicht** zu den Produkten **eines bestimmten TKU** geleitet werden.

Dies betrifft besonders Unterstützungsleistungen bei der Vermarktung, wie z.B.:



gemeinsame
Werbever-
anstaltungen



Social-
Media-
Posts



Bürger-
rund-
schreiben

keine Exklusivität, aber Steuerung durch Auswahl

- Neutralitätsgebot kann zu Gewährung gleicher Unterstützungsleistungen (bei gleichwertigem Angebot des TKU) verpflichten => Entwertung der Kooperation
- deshalb ist bei mehreren Interessenten auf freiwilliger Basis ein differenzierter Auswahlprozess zu empfehlen:
 - differenzierte Kriterien führen ggf. zu Verengung der Kooperationsentscheidung auf ein TKU
 - damit wird selektive Unterstützung möglich
 - Vorteile des Kooperationspartners bei der Vorvermarktung halten ggf. Wettbewerber vom Überbau ab



Kommune

- möglichst flächendeckende Erschließung (inkl. Einzellagen)
- zeitnahe Realisierung
- breites und attraktives Angebot für Bürger*innen (Open Access, Produktpreise)
- nachhaltige Erschließung, Vermeidung von Folgekosten
- Nutzung kommunaler Leerrohrinfrastruktur
- minimale Disruption des öffentlichen Lebens
- minimale Inanspruchnahme kommunaler Ressourcen
- reibungslose und vollumfängliche Wiederherstellung der Straßen

Quintessenz

- Gemeinden können (müssen aber nicht) Kooperationen abschließen und sich darin *zu bestimmten* Unterstützungsleistungen gegenüber dem TKU verpflichten
 - Unterstützungsleistungen dürfen keine „Kunden zuführen“
 - geldwerte Unterstützungsleistungen dürfen nur gegen ein marktübliches Entgelt gewährt werden
 - es können auch Gegenleistungen (z.B. Erschließungspflicht, Koordinierungspflicht) vereinbart werden, Vergaberecht greift nur bei Entgeltlichkeit seitens der Gemeinde
 - Unterstützungsleistungen können nicht exklusiv vereinbart werden, da Wettbewerber jedenfalls bei gleichwertigen Angeboten diesen ebenso gewährt werden müssen
- mit einer Kooperation können Wettbewerber nicht „aus dem Gemeindegebiet herausgehalten“ werden, da jedes TKU die gesetzlichen TKG-Rechte (Einlegung und Mitnutzung) hat
- jedoch kann es aufgrund der Bewertung der Angebote der TKUs *über Auswahlkriterien* (kein formales Vergabeverfahren) zulässig sein, nur mit einem TKU eine Kooperation einzugehen und *nur diesem* freiwillige Unterstützungsleistungen zu gewähren

Vereinbarung zum EWA

Do's und Don't's bei der Gestaltung von Kooperationen

DOS

- **Schriftliche Vereinbarungen:** Auf Verbindlichkeit ausgerichtete Kooperationen, ihre Bedingungen sowie die konkreten Unterstützungsleistungen (einschließlich der rechtlichen Anforderungen an deren Gewährung) sollten stets vertraglich festgehalten werden. So lässt sich ein größtmögliches Maß an Transparenz und Rechtssicherheit gewährleisten.
- **Freie Auswahl der Kooperationspartner:** Kommunen wählen ihre Kooperationspartner grundsätzlich aus freiem Willen aus. Der Gleichbehandlungsgrundsatz geht nicht so weit, dass er die Kommune dazu verpflichtet, mit jedem anfragenden TKU eine Kooperationsvereinbarung einzugehen. Zur Sicherstellung einer weitestmöglichen Transparenz wird aber eine Veröffentlichung des Kooperationswillens auf der kommunalen Homepage, im Amtsblatt und ggf. auch auf dem eigenwirtschaftlichen Ausbauportal des Gigabitbüros (EWA-Portal) empfohlen.
- **Gleichbehandlung bei mehreren Kooperationspartnern:** Die Kommune muss die dem ersten Kooperationspartner zugesicherten Unterstützungsleistungen grundsätzlich – soweit faktisch möglich – auch im selben Umfang anderen Kooperationspartnern gewähren. Ist eine spezifische Unterstützungsleistung (z. B. Beschleunigung von Genehmigungsprozessen) im Gegenzug mit einer bestimmten verbindlichen Ausbauzusage eines Kooperationspartners verknüpft, gilt dies nur dann, wenn die weiteren TKUs vergleichbare Ausbauzusagen tätigen. Hat die Kommune aber nur einen Kooperationsvertrag abgeschlossen, so hat sie grundsätzlich die darin vereinbarten, über das Gesetz hinausgehenden Unterstützungsleistungen nur dem Kooperationspartner zu gewähren.
 - Mögliche Formulierung für einen Vertrag: „Die Kommune hält fest, dass die hiernach zugesicherten kommunalen Unterstützungsleistungen nicht exklusiv dem Kooperationspartner gewährt werden können. Für den Fall, dass die Kommune weitere Kooperationen eingehen wird, ist sie verpflichtet, den weiteren Kooperationspartnern die hiernach zugesicherten Unterstützungsleistungen im selben Umfang zu gewähren.“

Quelle: Kommunale Orientierungshilfe zum eigenwirtschaftlichen Ausbau - Gigabitbüro des Bundes

Vereinbarung zum EWA

Do's und Don't's bei der Gestaltung von Kooperationen

DON'TS

- **Vereinbarung von Exklusivität:** Die Kommunen dürfen sich im Kooperationsvertrag nicht dazu verpflichten, andere Unternehmen beim Breitbandnetzausbau im Ausbaugebiet zu behindern. Gleiches gilt für eine Exklusivitätszusage im Rahmen eines Kooperationsvertrags in der Form, dass die Kommune grundsätzlich keine Vertragsverhältnisse mit anderen TKUs eingeht.
 - Beispiel für eine risikobehaftete Regelung in einem Vertrag: „Während der Laufzeit des Kooperationsvertrags gestattet die Kommune keinem weiteren Unternehmen einen Breitbandnetzausbau im Ausbaugebiet.“
- **Missachtung der Wettbewerbsneutralität gegenüber allen Marktteilnehmern:** Potenzielle Endkund*innen dürfen von der Kommune grundsätzlich nicht gezielt (nur) zu den Produkten des Kooperationspartners geleitet werden.
 - Beispiel für eine risikobehaftete Regelung: „Die Kommune unterstützt den Vertragspartner über die Aussendung eines Rundschreibens an alle Einwohner*innen der Kommune. Zur Ankurbelung der vereinbarten Vorvermarktungsquote empfiehlt die Kommune darin auch direkt die Produkte des Kooperationspartners und stellt ihn als den besten Endkundendienstanbieter im betreffenden Gebiet dar.“
- **Materielle Unterstützungsleistungen ohne Gegenleistung:** Bei materiellen Unterstützungsleistungen ist es erforderlich, dass der Kooperationspartner für die Benutzung ein marktübliches Entgelt entrichtet. So sollte man bei der Vertragsgestaltung vermeiden, alle Unterstützungsleistungen pauschal unentgeltlich zu gewähren.
 - Beispiel für eine risikobehaftete Regelung in einem Vertrag: „Die Kommune gewährt alle in Anlage A aufgelisteten Unterstützungsleistungen auf unentgeltlicher Basis, also ohne finanzielle Gegenleistung des Vertragspartners.“
- **Direkte Zahlungen an TKU:** Direkte Geldflüsse der Kommune an TKUs sind außerhalb von Förderprogrammen grundsätzlich äußerst risikobehaftet, sofern diesen keine Gegenleistung der TKUs gegenübersteht.
 - Beispiel für eine risikobehaftete Regelung in einem Vertrag: „Die Kommune leistet für einen schnellen Gigabitausbau monatlich Unterstützungszahlungen in Höhe von EUR x an den Vertragspartner.“
- **Missachtung des TKG:** Trotz der Gewährung von Unterstützungsleistungen müssen dennoch die verpflichtenden Regelungen des TKG beachtet werden.
 - Beispiel für eine risikobehaftete Regelung: „Die Kommune gestattet stets alle Anträge des Vertragspartners auf Koordinierung von Bauarbeiten an öffentlichen Versorgungsnetzen der Kommune, auch wenn ein zwingender Ablehnungsgrund nach § 143 Abs. 4 TKG vorliegt.“

Quelle: Kommunale Orientierungshilfe zum eigenwirtschaftlichen Ausbau - Gigabitbüro des Bundes



Eigenausbauankündigung im laufenden Förderprojekt vor der Veröffentlichung des MEV-Ergebnisses

- Weiterführung des Förderprojektes **beihilferechtlich** und **förderrechtlich fraglich**, wenn folgende Bedingungen vorliegen:
 - substantiiert* vorliegende Ausbauankündigung
 - mindestens gleiche Anzahl erschlossener Adressen
 - gleichwertige Technologie
 - annähernd gleicher Realisierungszeitraum
- **Weiterführung des Förderverfahrens** nur, wenn nachgewiesen werden kann, dass die Umsetzung der Förderung deutlich vorteilhafter als der eigenwirtschaftliche Ausbau ist.

*

z.B.: Vorliegen von
Investitions- und
Meilensteinplänen,
Verbindlichkeitserklärungen,
...

Hinweis: Bei Betreibermodellen Risiko verminderter Pachteinahmen für den
Zuwendungsempfänger im Zuge eines parallelen eigenwirtschaftlichen Ausbaus eines TKU.



Eigenausbauankündigung im laufenden Förderprojekt vor der Veröffentlichung des MEV-Ergebnisses

- **Beihilferecht**
 - Mögliche Beschwerde des TKU bei der EU-KOM bei Fortführung des Förderprojektes
 - Hohes beihilferechtliches Risiko bei Fortführung des Förderverfahrens
- **Förderrecht**
 - Öffentliche Mittel unterliegen dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (Art. 7 BayHO)
 - Prüfung nicht nur durch Bewilligungsbehörden sondern möglicherweise auch durch den bayerischen Obersten Rechnungshof (Art. 91 Absatz 1 Satz 1 Nr.3 BayHO)
 - Prüfung erstreckt sich auf den korrekten Einsatz von Fördermitteln, kann aber auch auf die sonstige Haushalts- und Wirtschaftlichkeitsführung ausgeweitet werden.



Eigenausbauankündigung im laufenden Förderprojekt nach der Veröffentlichung des MEV-Ergebnisses

- Auswahlverfahren – Vergabebeschluss – Veröffentlichung Auswahlentscheidung - Förderbescheid - Kooperationsvertrag
 - bisher kein Fall bekannt, bei dem Kommune Förderverfahren nach MEV-Ergebnis fortsetzt, obwohl Eigenausbau substantiiert angekündigt wurde
 - Solche Fälle sind im Einzelfall zu klären

■ **Open Access**

Unter „Open Access“ wird der offene und diskriminierungsfreie Zugang aller Marktteilnehmer auf die vorhandene Infrastruktur verstanden. Die Bereitstellung eines Open-Access-Netzwerkes und entsprechender Zugangsplattformen erlaubt es dritten Diensteanbietern (z.B. Telekom, 1&1, Vodafone,...), unabhängig von Netzinfrastruktur und unter Wegfall physischer Netzschnittstellen, Endkunden ein gewünschtes Dienstangebot über die vor Ort vorhandene Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Oder kurz: Einer baut das Glasfasernetz und alle Diensteanbieter können es nutzen.

■ **Vorvermarktungsquote**

Anzahl (meist in % ausgedrückt) der Aufträge, die ein Anbieter für erforderlich hält, um einen Glasfaser-Ausbau eigenwirtschaftlich durchführen zu können.